

Antworten von Volt Deutschland auf unsere Wahlprüfsteine

[Die Antworten haben wir per Mail erhalten und daraus das vorliegende PDF generiert. Wir haben Zwischenüberschriften eingefügt und die Wahlprüfsteine nummiert.]

Wahlprüfsteine des VGSD

1. Die Corona-Krise hat beispielhaft gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen und Unternehmen bis 10 Mitarbeitern in Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Regierungsbeauftragten? Wie wollen Sie alternativ für ein besseres Verständnis sorgen?

Volt: Wir unterstützen die Forderung nach einer* einem Regierungsbeauftragten zur Vertretung der Interessen von Soloselbstständigen und Freiberufler*innen.

2. Gesetzlich kranken- und pflegeversicherte Selbstständige zahlen aufgrund hoher Mindestbeiträge und einer im Vergleich zum Bruttoeinkommen mind. 20% höheren Bemessungsgrundlage sehr viel höhere Beiträge als Angestellte und deren Arbeitgeber. Wann und wie wollen Sie diese Ungleichbehandlung beenden?

Volt: Wir setzen uns dafür ein, dass Mehrbelastungen durch fiktive Mindestbeiträge bei den Beitragsbemessungsgrundlagen weiter reduziert werden, um gerade Selbstständige mit niedrigeren Einkommen zu entlasten.

Zukünftige Selbstständige und Bestands-Selbstständige, die keine Absicherung haben, werden in die bestehende Sozialversicherung integriert. Vorgesehen ist, dass Selbstständige grundsätzlich zunächst mit dem hälftigen Betrag (fiktiver Arbeitnehmer*innenanteil, basierend auf der Stundenvergütung bzw. dem steuerpflichtigen Einkommen) in die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Darüber hinaus wird in der Umsetzung der Maßnahmen geprüft, ob für Existenzgründer*innen, etwa während der ersten fünf Jahre ihrer Tätigkeit, eine Aufstockung der Beiträge (fiktiver Arbeitgeberanteil) aus Steuermitteln umsetzbar wäre. Jede*r Selbstständige kann während oder zum Ende der Existenzgründungsphase entscheiden, ob eine aufstockende private Alterssicherung und Arbeitslosenversicherung abgeschlossen wird oder ob der Beitrag zur gesetzlichen Sozialversicherung um mindestens den fiktiven Arbeitgeberanteil aufgestockt wird. Für Bestands-Selbstständige, die noch keine Absicherung haben, gilt eine Übergangsfrist.

3. Wie stehen Sie zur Einführung eines Altersvorsorgedepots, das in anderen Ländern eine kostengünstige Anlage in Investmentfonds und ETFs ermöglicht und in gewissem Umfang pfändungs- und insolvenzsicher wäre? Vielen Selbstständigen hätte das in der Corona-Krise sehr geholfen.

Volt: Wir setzen uns für die Schaffung eines staatlichen Altersvorsorgefonds ein, der sich am norwegischen Oljefondet orientiert und es jeder*jedem ermöglicht unabhängig vom Berufsstand privat für das Alter vorzusorgen. Gleichzeitig würde ein solcher Fonds auch zukunftsgerichtete öffentliche Investitionen ermöglichen. Die Vorsorge in diesem Fond oder auch in Aktienfonds, wenn die Nutzung als Altersvorsorgen zb durch einen langfristige Anlagehorizont plausibel dargestellt werden kann, soll außerdem im Falle von ALG II Anspruch zum Schonvermögen zählen und somit nicht angerechnet und vor allem nicht aufgebraucht werden.

4. Bei dem geplanten Lobbyregister sollen Lobbyisten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und weitere wie Kirchen von der Eintragungspflicht ausgenommen werden, obwohl diese Institutionen in großem Umfang Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Wie stehen Sie zu diesen Ausnahmen?

Volt: Das geplante Lobbyregister ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, bedarf aber einer Überarbeitung. Der „exekutive Fußabdruck“ von Lobbyisten ist deutlicher herauszuarbeiten und die lange Liste der geplanten Ausnahmen muss deutlich reduziert werden.

5. Die Regulierung der PKV führt dazu, dass die Versicherten immer wieder mit hohen Beitragssprüngen konfrontiert sind. Angenommen, eine Bürgerversicherung und damit die Ablösung der PKV lässt sich nicht durchsetzen: Wie wollen Sie PKV-Beiträge berechenbarer machen und deren Anstieg begrenzen?

Volt: Wir werden uns nach der Bundestagswahl mit der Neugestaltung eines KV- Systems auf europäischer Ebene beschäftigen.

6. Es sind oft Bund, Länder, Kommunen u.a. staatsnahe Organisationen, die zu niedrige Honorare festlegen, sei es bei der direkten Beauftragung von Selbstständigen, bei Ausschreibungen oder in Gebührenordnungen (etwa Hebammen, Dolmetscher). Was werden Sie konkret tun, um Verbesserungen herbeizuführen?

Volt: Wir setzen uns für verbindliche, branchenspezifische Honoraruntergrenzen ein und möchten das deutsche Vergaberecht nach schweizerischem Vorbild umgestalten. Das heißt, wir wollen weg von einer primär wirtschaftlich orientierten Vergabekultur hin zu einer, die auf volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit und Innovation ausgerichtet ist. Eine konkrete Änderung des Vergaberechts sieht außerdem vor, das Risiko von Terminverzögerungen, Minderqualität und Mehrkosten zu minimieren, in dem nach dem Best Practice aus der Schweiz ungewöhnlich niedrige Angebote bei Ausschreibungen ausgeschlossen werden.

7. Selbstständige, die freiwillig arbeitslosenversichert waren, haben in der Corona-Krise kein Kurzarbeitergeld erhalten und wurden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Versicherten benachteiligt. Welche Veränderungen planen Sie in Bezug auf Freiwilligkeit, Beitragsberechnung und Leistungen?

Volt: Für die Arbeitslosenversicherung soll nach der Existenzgründungsphase immer der volle Beitrag zu entrichten sein. Diese Mehreinnahmen sollen als Gegenfinanzierung verwendet werden dafür, dass Selbstständige künftig im Falle von unverschuldeten Betriebsausfällen

- im Rahmen des SGB II eine Absicherung des Lebensstandards analog zum Kurzarbeitergeld erhalten und
- die dort heute geltenden Regelungen zum Schonvermögen an die Bedürfnisse von Selbstständigen in Notlagen angepasst werden.

8. Eine von unserem Mitglied Vera Dietrich initiierte Gesetzesreform soll den Abmahnmissbrauch eindämmen. Sind die beschlossenen Maßnahmen ausreichend? Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie? Wie stehen Sie zu dem von uns vorgeschlagenen Online-Melderegister für Abmahnungen?

Volt: Es braucht eine kontinuierliche und systematische Überprüfung der Auswirkungen der Gesetzesreform, um ihre Wirksamkeit einschätzen und ggf. gegenlenken zu können. Wichtig wird sein, sicherzustellen, dass tatsächlich missbräuchliche Abmahnungen verhindert und nicht auch legitime Abmahnungen, die gerade für KMU's ein wichtiges Mittel sein können, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren. Ein Online-Melderegister für Abmahnungen klingt nach einer interessanten, bürokratiearmen Alternative, deren Praxistauglichkeit geprüft werden sollte. Gerade weil die Gesetzesreform zeigt, wie schwierig es ist hier zielführend zu regulieren.

Wahlprüfsteine der BAGSV

1. (Schein-)Selbstständigkeit: Wie werden Sie Rechtssicherheit in Bezug auf die Statusfeststellung herstellen, um u.a. die weitere Verlagerung von Projekten ins Ausland zu verhindern – in Hinblick auf Kriterien, Verfahren, Sanktionen und Beseitigung von Interessenkonflikten bei der DRV?

Volt: Volt setzt sich dafür ein, die Scheinselbstständigkeitsprüfung in ihrer heutigen Form abzuschaffen. Stattdessen sollen in Zukunft von den Auftraggebenden Verträge verbindlich bei den Trägern der Rentenversicherung eingereicht und nach Prekaritätskriterien geprüft werden.

2. Altersvorsorgepflicht: Wie verhindern Sie, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen, die vorgesorgt haben und dafür oft laufende Verpflichtungen (z.B. Rentenversicherungen, Immobilienfinanzierungen) eingehen, doppelt belastet bzw. mit enormer Bürokratie / Rechtsunsicherheit konfrontiert werden?

Volt: Zukünftige Selbständige und Bestands-Selbständige, die keine Absicherung haben, werden in die bestehende Sozialversicherung integriert. Vorgesehen ist, dass Selbständige grundsätzlich zunächst mit dem hälftigen Betrag (fiktiver Arbeitnehmer*innenanteil, basierend auf der Stundenvergütung bzw. dem steuerpflichtigen Einkommen) in die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Darüber hinaus wird in der Umsetzung der Maßnahmen geprüft, ob für Existenzgründer*innen, etwa während der ersten fünf Jahre ihrer Tätigkeit, eine Aufstockung der Beiträge (fiktiver Arbeitgeberanteil) aus Steuermitteln umsetzbar wäre. Jede*r Selbständige kann während oder zum Ende der Existenzgründungsphase entscheiden, ob eine aufstockende private Alterssicherung und Arbeitslosenversicherung abgeschlossen wird oder ob der Beitrag zur gesetzlichen Sozialversicherung um mindestens den fiktiven Arbeitgeberanteil aufgestockt wird. Für Bestands-Selbständige, die noch keine Absicherung haben, gilt eine Übergangsfrist analog zur Existenzgründer*innen-Regelung. Die Kriterien für zugelassene Altersvorsorge-Konzepte werden im Einzelnen noch erarbeitet, ETF-basierte Altersvorsorge wird aber enthalten sein. Auch die Möglichkeit der Errichtung eines Vorsorgefonds für Selbständige soll im Zuge der Umsetzung unserer Maßnahmen geprüft werden.

3. Infektionsschutzgesetz: Wann und wie wollen Sie sicherstellen, dass bei künftigen Pandemien Selbstständige im Fall von Betätigungsverboten angemessen entschädigt werden? Wie sollen die Entschädigungen bemessen werden? Wie wollen Sie insbesondere auch die Lebenshaltungskosten berücksichtigen?

Volt: Spezifisch für Mitglieder der Künstlersozialkasse fordern wir eine erweiterte Regelung, die in generellen Notsituationen - etwa wie in der COVID 19 Pandemie - Künstlern erlaubt, ihren Lebensunterhalt vorübergehend auch nicht-künstlerisch zu bestreiten, ohne den sozialen Schutz zu verlieren.

4. Die Grundrente setzt langjährige DRV-Beiträge voraus. Selbstständige, die ein Leben lang hart gearbeitet, aufgrund vorgegebener Rahmenbedingungen aber privat vorgesorgt haben, werden von der aus Steuergeldern finanzierten Subvention ausgeschlossen. Wie werden Sie diese Ungleichbehandlung beseitigen?

Volt: Wir werden nach der Bundestagswahl mit detaillierten, neuen Konzepten zur Rentenversicherung für abhängig und selbständig Beschäftigte entwickeln.

5. Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?

Volt: Wir unterstützen Tests zum BGE. Anstelle eines BGEs arbeiten wir an einer solidarischen Einkommensteuer mit dem Prinzip der negativen Einkommensteuer. Dies bietet eine solidarische Absicherung für alle deren Einkommen nicht existenzsichernd ist.

6. In der Coronakrise hat sich u.E. gezeigt, dass die Grundsicherung trotz „Vereinfachungen“ nicht geeignet ist, Selbstständige wirksam zu unterstützen. Welche konkreten Veränderungen werden Sie vornehmen, von denen auch Selbstständige profitieren?

Volt: Wir gehen davon aus, dass Sie sich auf die Grundsicherung für Arbeit und nicht im Alter beziehen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns u.a. für eine umfangreiche Veränderungen ein wie z.B. die Erhöhung der Regelsätze, die Erhöhung von Schonvermögen, neue Zuverdienstregelungen und die Reduktion von Sanktionen ein.

7. Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung bzw. warum nicht? Welches Ihrer Konzepte kommt ihr am Nächsten? Welche Risiken wären abgesichert? Wie würden sich für Selbstständige Beiträge und Leistungen verändern? Welche Konsequenzen hätte dies für bislang privat Versichernde/Vorsorgende?

Volt: Wir werden uns nach der Bundestagswahl mit der Neugestaltung eines KV- Systems auf europäischer Ebene beschäftigen.

8. Plattformarbeit: Welche Regulierungen planen Sie und wie verhindern Sie, dass davon auch fair bezahlte, freiwillig Selbstständige belastet werden? Wie genau grenzen Sie Plattformarbeit ab? Gehören z.B. auch IT-Selbstständige zu den Plattformarbeitern?

Volt: Wir haben bisher in unserem Programm noch keine Differenzierung zwischen Selbständigen allgemein und Plattformarbeitenden.